



die eigentlich in hoheitlicher Zuständigkeit stehen, und zulasten des Vertrauens von Bürgerinnen und Bürger auf ihren Staat.

5. Also: Wem an verlässlicher Hilfe für den einzelnen Flüchtling gelegen ist, muss dafür eintreten, dass der Staat, von dem wir zu Recht diese Hilfe einfordern, handlungsfähig bleibt bzw. wieder wird. Der Ruf nach einer Personalverstärkung für Behörden – vom BAMF bis zu Ausländerbehörden und Sozialreferaten in Landkreisen und kreisfreien Städten – und nach »mehr Geld« für Länder und Kommunen ist begründet, aber ungenügend.
6. Daneben braucht es Maßnahmen zur Strukturierung des Flüchtlingszugangs: Die gegenwärtige Situation, dass täglich zwischen 5.000 und 10.000 Flüchtlinge – nicht selten über die »grüne Grenze« – in Bayern ankommen, verunmöglicht sorgfältige Flüchtlingsaufnahme nach den Vorgaben geltenden Rechts. Die Suche nach Optionen für eine »Steuerung« der Flüchtlingszahlen ist dringlich.
7. Bisher genannte Vorschläge (»Hot Spots« in der Türkei, Griechenland, Serbien und Ungarn; »Transitzonen« im grenznahen deutschen Staatsgebiet, um schwerpunktmäßig nach Schnellverfahren von dort aus Rückführungen einzuleiten; erst recht »Aufnahmestopp« und »Grenzen schließen«) werden von Fachleuten – auch in Kirchen und Wohlfahrtsverbänden – kritisch bewertet und abgelehnt. Gleichwohl bleibt das Grundanliegen richtig: Chaotische Zustände müssen geordnet und deshalb der Zugang der Flüchtlinge so strukturiert werden, dass planvolles, rechtsstaatliches und humanitär verantwortliches Handeln der Behörden möglich wird.

## Es braucht Rahmenbedingungen auf EU-Ebene

8. Um Missverständnisse zu vermeiden: »Strukturierung« bedeutet: Weiterhin sollen alle Flüchtlinge, die in unserem Land Schutz suchen wollen und ein Anrecht auf Schutz haben, bei uns Aufnahme finden. Aber dies geht nur, wenn ihnen zugemutet werden kann, zunächst für bemessene Zeit in anderen sicheren EU-Mitgliedstaaten Schutz zu finden, von dort aus sich für die Einreise nach Deutschland registrieren zu lassen und dann in festgelegten Gruppen (in der Größenordnung von maximal 2.000 täglich) auf definierten Wegen und über bestimmte Grenzübergänge nach und nach in Deutschland einzutreffen. Voraussetzung sind vertragliche Absprachen mit den Nachbarländern (insbesondere Österreich) und die flankierende Unterstützung bei Aufbau und Betrieb von Registrierungseinrichtungen dort. Beides – die Strukturierung des Flüchtlingszugangs und eine konzertierte Aktion der Kirchen Europas, um darauf



© Mohmann

hinzuwirken – sollte meines Erachtens von den Kirchen angemahnt und tatkräftig unterstützt werden.

9. Die nüchterne Kenntnis der Abläufe ergibt: Sollte die so beschriebene Strukturierung des Flüchtlingszugangs nach Deutschland mithilfe anderer EU-Staaten nicht umsetzbar sein, wird sie auf deutschem Boden – und zwar in den (von den Kirchen abgelehnten) »Transitzonen« im bayerischen Grenzland – erfolgen müssen: Dort müssten Flüchtlinge abwarten, bis nach Registrierung und medizinischem Erst-Screening eine geregelte Weiterleitung in Erstaufnahmeunterkünfte nach Verfügbarkeit durchgeführt werden kann. Die Frage stellt sich, ob die Kirchen bei ihrer strikten Ablehnung von »Transitzonen« bleiben, wenn diese nicht primär als »Abschiebelager«, sondern als »grenznahe Registrierungs- und Verteilzentren« fungieren.
10. Die Strukturierung des Flüchtlingszugangs ist ein erster Schritt. Mittelfristig – und das heißt: im ersten Halbjahr 2016 – müssen auf EU-Ebene Rahmenbedingungen der Flüchtlingsaufnahme in allen EU-Staaten vereinbart werden. Das Insistieren der CSU, es müssten die (formal tatsächlich noch geltenden) »Dublin«-Regularien Beachtung finden, wie umgekehrt die heftigen Proteste dagegen sind realitätsfern: Längst – und nicht erst seit der Erklärung des BAMF von Anfang September 2015, wonach »Dublin« bei syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen nicht mehr angewendet werde – ist »Dublin« in der Praxis vieler EU-Mitgliedsstaaten »obsolet« (eine Formulierung, die die Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang verwendet hat). Das Erfordernis einer neuen, nunmehr fairen und sowohl an den Bedürfnissen der Flüchtlinge wie auch an den Aufnahmefähigkeiten der EU-Länder orientier-